

Vorschläge für ein Comeback der niedersächsischen SPD

1. Schwamm drüber? Nein danke!

Das Ergebnis der Landtagswahlen in Niedersachsen 2008 ist aus sozialdemokratischer Perspektive niederschmetternd gewesen. Gerade einmal 30,3 % der Wählerinnen und Wähler haben für die SPD gestimmt. Gegenüber der Landtagswahl 2003 ist noch einmal ein Rückgang um 3 % zu verzeichnen.

Dieses Ergebnis ist um so auffälliger, als zeitgleich in Hessen und kurze Zeit später auch in Hamburg gewählt worden ist. In beiden Ländern gibt es ebenso wie in Niedersachsen durchaus eine lange Tradition sozialdemokratischer Mehrheiten. In beiden Ländern war die SPD - ebenso wie in Niedersachsen - fünf Jahre zuvor weit zurückgeworfen worden. Anders als in Niedersachsen hat jedoch die SPD in Hessen und in Hamburg Zuwächse von 7,6 bzw. 3,6 % realisieren und damit ihre Position nicht unerheblich stärken können.

Es ist also nicht ausreichend, die politische Großwetterlage für das Ergebnis der SPD in Niedersachsen verantwortlich zu machen. Vielmehr empfiehlt es sich, die Politik der niedersächsischen SPD in den vergangenen Jahren genau zu analysieren und die richtigen Schlußfolgerungen für die Zukunft zu ziehen.

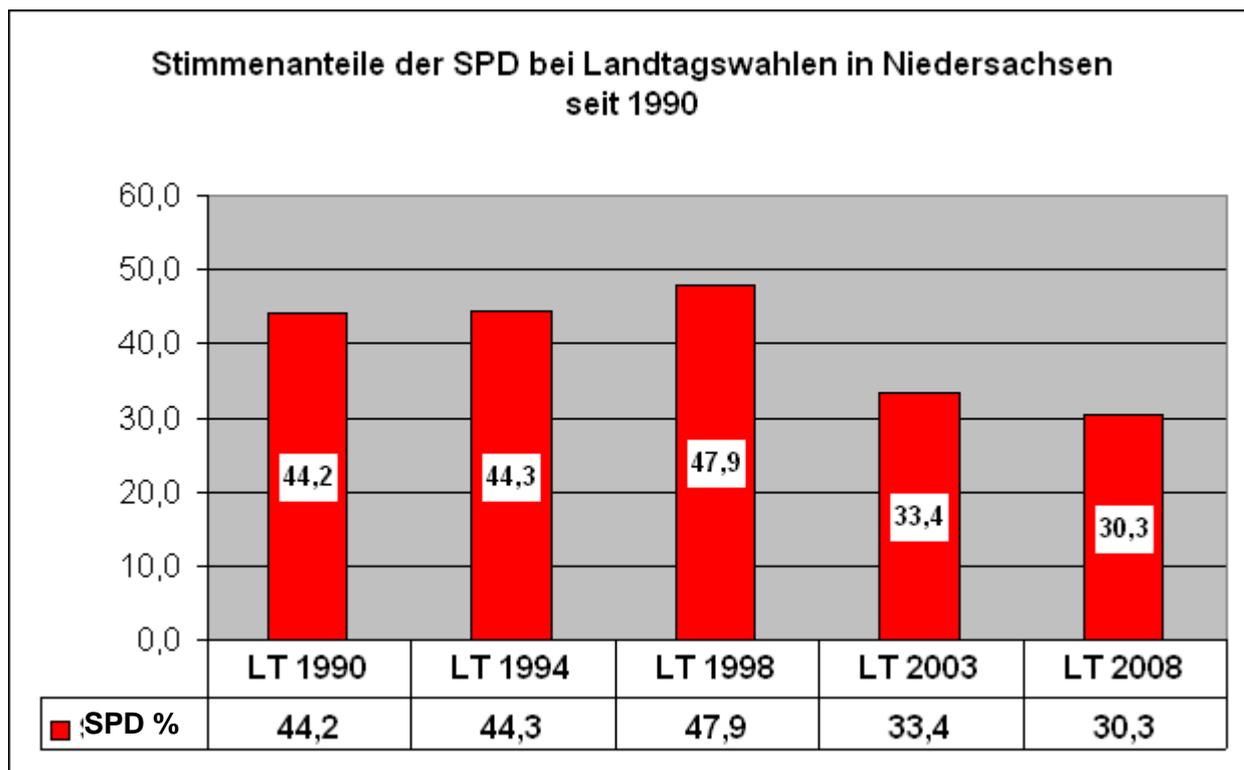
Wir sind überzeugt davon, dass dies die notwendige Voraussetzung für ein Comeback der niedersächsischen SPD ist.

Deswegen ist es richtig, dass eine „Zukunftskommission“ Vorschläge für den weiteren Kurs der niedersächsischen SPD unterbreiten soll. Die Vorsitzende der Kommission, Edelgard Bulmahn, hat mit ihrem Schreiben vom 06.03.2008 die Parteigliederungen gebeten, der Kommission Anregungen zur künftigen Arbeit mitzuteilen.

Dieser Bitte kommen wir mit den folgenden Ausführungen nach und sehen sie als einen Beitrag zur innerparteilichen Diskussion.

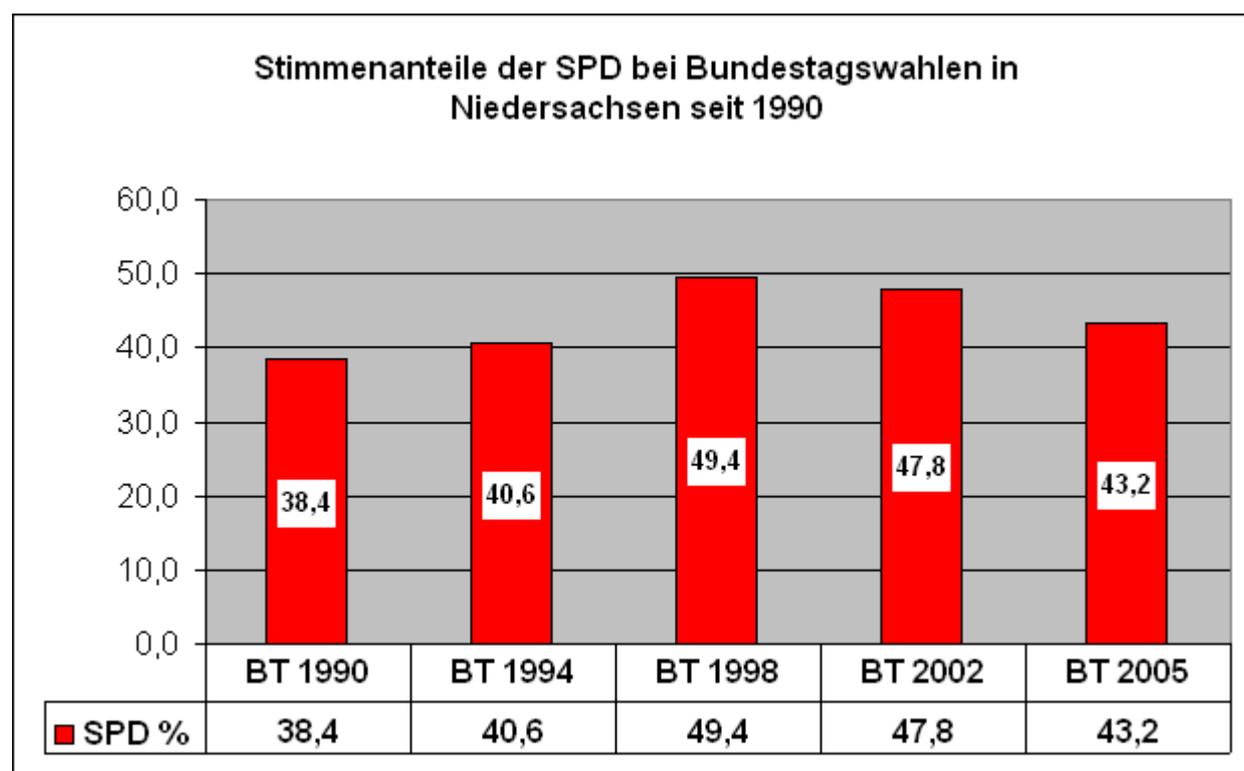
2. Die niedersächsische SPD im Allzeit-Tief

Das Ergebnis der niedersächsischen SPD bei der Landtagswahl 2008 ist nicht nur im Vergleich mit Wahlergebnissen in anderen Bundesländern erschreckend, sondern vor allem auch mit Blick auf die Erfolge der Vergangenheit auf Landesebene. Es handelt sich um das schlechteste Ergebnis, seit in Niedersachsen Landtagswahlen durchgeführt werden. Insbesondere in den 90er Jahren hatte die SPD strukturell eine starke Position, die sie 1994 und 1998 sogar zu absoluten Mehrheiten geführt hat. Das beste Ergebnis wurde 1998 mit 47,9 % erzielt, das sind 17,6 % mehr als zehn Jahre später.

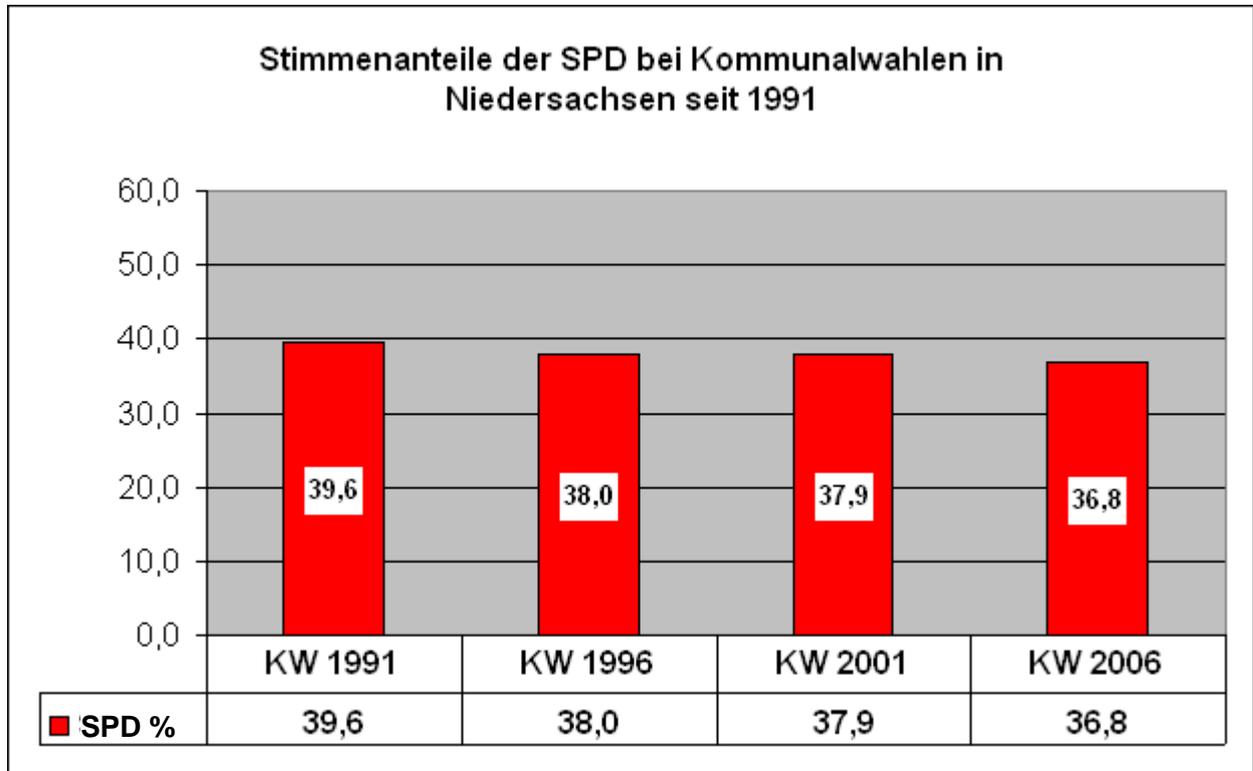


Der Niedergang der SPD bei Landtagswahlen in Niedersachsen steht in einem auffälligen Gegensatz zu vergleichsweise konstanten Ergebnissen bei Bundestags- bzw. Kommunalwahlen.

Die Bundestagswahlen in Niedersachsen zwischen 1990 und dem Jahre 2005 haben im Vergleich zum Bundesgebiet überdurchschnittliche Ergebnisse erbracht. Noch im Jahr 2005 haben 43,2 % der Wähler in Niedersachsen für die SPD gestimmt.

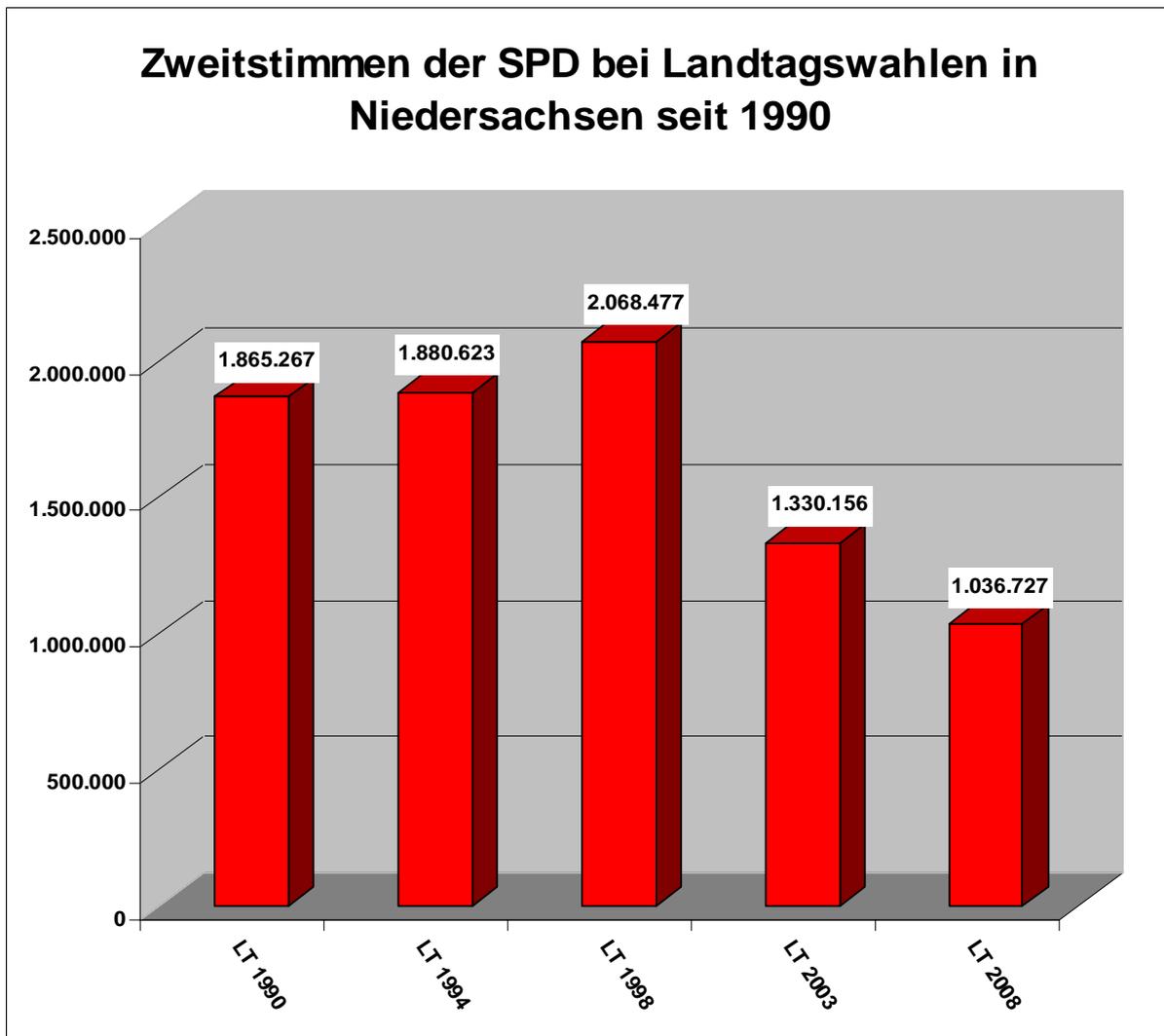


Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen, wo die Ergebnisse der SPD noch deutlich konstanter ausgefallen sind und in 15 Jahren lediglich um 2,8 % differieren. Auch das vergleichsweise unbefriedigende Ergebnis bei den Kommunalwahlen 2006 liegt landesbezogen 6,5 % über dem Ergebnis der Landtagswahlen 2008, die nur 15 Monate später stattgefunden haben.



Im Ergebnis läßt sich feststellen, dass die SPD in Niedersachsen bei Landtagswahlen seit wenigen Jahren auffällig schlechter abschneidet als bei Kommunal- bzw. Bundestagswahlen. Dafür muß es auch spezielle Gründe geben.

Besonders hervorzuheben sind die absoluten Stimmresultate. Die SPD hat bei Landtagswahlen in Niedersachsen seit 1998 nicht nur Stimmanteile, sondern vor allem Wähler verloren.



Die traurige Wahrheit lautet: In zehn Jahren hat die Landes-SPD die Hälfte ihrer Wähler eingebüßt! Entschieden sich 1998 noch ca. 2 Mio. Menschen für die SPD bei Landtagswahlen, waren es 2008 nur noch 1 Mio. Menschen.

Fasst man die Wahlergebnisse der letzten zehn Jahre zusammen, so ergibt sich eine sehr unterschiedliche Entwicklung: Während auf Bundes- und Kommunalebene die SPD in Niedersachsen stets zufriedenstellende und zum Teil hervorragende Ergebnisse erzielen konnte, hat sie auf der Landesebene einen unübersehbaren Niedergang zu verzeichnen, der mit einem merklichen Substanzverlust verbunden ist. Insoweit besteht Anlaß für eine präzise Aufarbeitung.

3. Ursachen für den Niedergang der Landes-SPD – ein Problembündel

Die Gründe für die negative Entwicklung der niedersächsischen SPD sind auf unterschiedlichen Feldern zu suchen. Derzeit läßt sich ein Problembündel erkennen: ein inhaltliches Orientierungsproblem, ein grundsätzliches Organisationsproblem und ein offenkundiges Führungsproblem.

a. Die niedersächsische SPD und das Orientierungsproblem

Seit dem Jahr 2003 in der Opposition sitzend, ist es der Landes-SPD nicht gelungen, ein eigenständiges Profil bezogen auf das Land Niedersachsen zu entwickeln. Dieses Problem war im Landtagswahlkampf 2008 besonders spürbar.

Die ausschließliche Konzentration des Wahlkampfes auf das Wort „Gerechtigkeit“ hat in der öffentlichen Wahrnehmung zu einer Beschränkung auf dieses Thema geführt. Der Slogan „Gerechtigkeit kommt wieder“ hat unterschwellig die Kampagne der Linkspartei unterstützt. So wurde der Anschein erweckt, als würde die SPD der populistischen Stimmungsmache von Lafontaine und Co. hinterherlaufen. Gleichzeitig suggerierte dieser Slogan eine Abkehr von den Reformen der Agenda 2010, obwohl diese Strukturmaßnahmen mittlerweile nachweislich erfolgreich gewesen sind. In Deutschland gibt es heute 1 Mio. Beschäftigte mehr als vor 5 Jahren. Wenn die SPD es unterläßt, ihren Anteil an dieser positiven Entwicklung hervorzuheben, sondern vielmehr gleichzeitig unterschwellig die Kritik an damit verbundenen Entscheidungen unterstützt, kann sie letztlich kein eigenes Profil entwickeln.

Das Thema Mindestlöhne war richtig gesetzt. An dem wirtschaftlichen Aufschwung sollen alle teilhaben können, deswegen sind Mindestlöhne und flexible Übergänge in die Rente wichtige Teile der sozialdemokratischen Programmatik. Sich darauf zu beschränken, ist jedoch ein Fehler. Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler lebt in gesicherten sozialen Verhältnissen. Auch ihre berechtigten Interessen müssen im Zentrum sozialdemokratischer Politik stehen. Deswegen dürfen soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Dynamik nicht als Gegensätze dargestellt werden. Alle Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass die SPD ein breites Spektrum der linken Mitte ansprechen muß, wenn sie mehrheitsfähig sein will. Insofern ist ein wirtschaftspolitisches Profil für die SPD unverzichtbar, wenn sie erfolgreich sein will. Daran hat es beim Landtagswahlkampf 2008 vollständig gemangelt.

Die eigentliche Chance für die SPD besteht darin, wieder als eine Partei der Bildungschancen und des sozialen Aufstiegs wahrgenommen zu werden. Soziale Gerechtigkeit ist nicht allein an der Höhe der Transferzahlungen zu messen, sondern vor allem auch an den konkreten Möglichkeiten und Chancen für Spracherwerb, Bildung und Ausbildung, Studium und Weiterbildung. Dieser Schwerpunkt ist im Landtagswahlkampf nicht hinreichend zum Ausdruck gekommen.

Eine niedersachsenspezifische Programmatik war im Wahlkampf kaum erkennbar. Es fehlte ein eigenes Profil und eine stringente landesbezogene Themensetzung. Ein eigenes Profil kann auch nicht durch Versprechen ersetzt werden, Eingriffe der CDU-Landesregierung zurückzunehmen. Besonders deutlich wurde dies in folgenden Themenfeldern:

- Schulpolitik: Das sehr detaillierte, aber oft kompliziert formulierte Schulkonzept der SPD hat selbst ein Großteil der eigenen Mitglieder nicht verstanden und konnte dementsprechend auch den Wählerinnen und Wählern nicht ausreichend kommuniziert werden. Die angespannte Situation in den niedersächsischen Schulklassen wurde dagegen – anders als in Hessen! – im Wahlkampf kaum thematisiert.

- Wirtschaftspolitik: Eine Strategie für Wachstum in Niedersachsen war nicht erkennbar.
- Forschung und Entwicklung: Trotz großer Schwächen der Wulff-Regierung in diesem Bereich gelang es im Wahlkampf nicht, Akzente zu setzen. Eine Hightech-Strategie für den Norden hätte durchaus ein wichtiges Thema sein können.

Im Ergebnis hat daher eine profillosse Landespartei einen profillosen Wahlkampf geführt – mit dem bekannten Ergebnis.

b. Die niedersächsische SPD und das Organisationsproblem

Mit der inhaltlichen Profillosigkeit ging während des Wahlkampfes ein Organisationsproblem einher. Eine längerfristige und durchgehaltene Wahlkampfstrategie war nicht zu erkennen. Eigenständige Akzente konnten so nicht gesetzt und nicht den eigenen Mitgliedern vermittelt werden. Obwohl - wie die zeitgleich erfolgten anderen Landtagswahlkämpfe gezeigt haben - die Mitgliedschaft der SPD durchaus motiviert gewesen ist, konnte auf diese Weise das Potential nicht ausgeschöpft werden.

Die „Basis 08“ konnte ihre eigenen, selbst hochgesteckten Ziele selten erreichen. Durch übertriebenen bürokratischen Aufwand und massive Zentralisierung hat sie nach vielen Berichten von Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort deren Bedürfnissen häufig nicht gerecht werden können. Ein Beispiel: Die Abschlußkundgebung des Wahlkampfes fand in einer Halle statt, die sich in einem abgelegenen Gewerbegebiet in Hannover befindet und selbst vielen Mitgliedern unbekannt war.

Diese Erfahrungen zwingen den Landesvorstand, die künftige Projektorganisation insgesamt auf den Prüfstand zu stellen.

Die Aktionsfähigkeit der niedersächsischen SPD ist überdies durch zurückgehende Mitgliederzahlen, geringere staatliche Zuwendungen aufgrund des schlechten Wahlergebnisses und die deutliche Verkleinerung der SPD-Landtagsfraktion in Frage gestellt. Um so wichtiger ist es, eine effektive Organisation aufweisen zu können. In der heutigen Verfassung ist die SPD in dieser Hinsicht derzeit nicht konkurrenzfähig mit der niedersächsischen CDU.

c. Die niedersächsische SPD und das Führungsproblem

Die Chancen einer politischen Partei hängen nicht zuletzt von ihrem Personalangebot ab. Diese Aussage gilt sowohl für aktuelle Wahlauseinandersetzungen als auch für längerfristige Entwicklungen.

Trotz seines großen persönlichen Einsatzes war der Spitzenkandidat der niedersächsischen SPD im Urteil der Wählerinnen und Wähler zu keinem Zeitpunkt eine ernsthafte Alternative zu Wulff, wie die regelmäßig durchgeführten Umfragen belegt haben. Dabei war auch offenkundig, dass es sich nur um ein Personalangebot für diese Landtagswahl und nicht für die Zukunft handeln konnte. In Anbetracht der von Anfang an schwierigen Ausgangslage der niedersächsischen SPD wurde damit die künftige Arbeit eher erschwert als erleichtert.

Verschärft hat sich diese Problematik durch die Weigerung des Landesvorsitzenden, selbst für den Landtag zu kandidieren. Diese Entscheidung hat der niedersächsischen SPD geschadet. Einerseits wurde sie von der Öffentlichkeit und auch den eigenen Mitgliedern als ein deutliches Signal mangelnden Vertrauens in die eigenen Aussichten wahrgenommen. Zum anderen – und dies wiegt womöglich noch schwerer – wäre bei einer Kandidatur die Frage nach der künftigen politischen Führung der Niedersachsen-SPD in sich plausibel und überzeugend beantwortet worden.

Aus dem Verzicht des Landesvorsitzenden auf eine Landtagskandidatur erwächst ein Führungsproblem für die niedersächsische SPD. Mit einem Fraktionsvorsitzenden, der nur für eine Übergangszeit zur Verfügung stehen wird, und einem Landesvorsitzenden ohne direkten Einfluß im Landtag wird es nicht einfach sein, das Profil der Partei für die Zukunft zu schärfen.

Zugleich rächt es sich, dass nach der Wahlniederlage 2003 auf eine gezielte Personalentwicklung verzichtet worden ist. Personelle Optionen sind derzeit begrenzt. Dies ist auch eine Folge fehlender politischer Führung in der Vergangenheit. So hat der Landesvorstand bei der Aufstellung der Landesliste auch dieses Mal wieder auf die Einflußnahme zugunsten talentierter Nachwuchskräfte verzichtet und sich ganz dem Bezirksproporz unterworfen. Damit sind Chancen für die weitere politische Arbeit vertan worden. So sind manche Mitglieder des Schattenkabinetts, die schon im Wahlkampf eine untergeordnete Rolle gespielt haben, nicht im Landtag vertreten und spielen demzufolge auch künftig keinerlei politische Rolle mehr.

Diese Fehler der politischen Führung in der Vergangenheit haben für die weitere Arbeit noch stärkere Auswirkungen als eine suboptimale Wahlkampfstrategie und – führung.

4. Ein Comeback ist möglich – die niedersächsische SPD ist mehrheitsfähig

Das Problembündel, dem sich die niedersächsische SPD derzeit gegenüber sieht, darf nicht den Blick auf die Potentiale der Partei verstellen.

Niedersachsen ist kein gewachsenes CDU-Land. Mit 41 % hat die CDU kräftig verloren und ist keineswegs unangreifbar. Der Ministerpräsident wird in seiner zweiten Amtszeit stärkere Abnutzungerscheinungen kaum vermeiden können. Dieser Prozeß war bei seinem Kabinett überwiegend schon in der vergangenen Wahlperiode unübersehbar.

Die SPD bleibt kommunal in vielen Regionen stark verankert. Das Potential, in Niedersachsen wieder die stärkste Partei zu werden, ist durchaus vorhanden.

Dabei ist durch die Wahl der Linkspartei in den niedersächsischen Landtag ein Fünf-Parteien-System entstanden, das die politische Auseinandersetzung nicht einfacher macht. Die Linkspartei wird sich nicht durch einen Überbietungswettbewerb in Sachen „Gerechtigkeit“ verdrängen lassen. Eigene Stärke läßt sich nicht in Bündnisdebatten gewinnen. Die SPD muß ein überzeugendes, eigenes inhaltliches Konzept aufweisen und damit selbstbewußt die politische Konkurrenz konfrontieren.

Vor diesem Hintergrund ist eines klar: Um in Zukunft erfolgreich zu sein, muß die niedersächsische SPD einen Neuanfang starten.

a. Voraussetzung für einen Neuanfang I: Politik mit Profil

Notwendig ist zunächst eine inhaltliche Neuorientierung der niedersächsischen SPD. Gerechtigkeit als soziales Markenzeichen ist für die SPD unverzichtbar. Genau so wichtig ist aber eine deutliche Zukunftsperspektive mit einem klaren Bekenntnis zur Innovation. Die SPD kann ein breites Spektrum der Gesellschaft nur gewinnen, wenn sie deutlich macht, dass ein funktionierender Sozialstaat auf wirtschaftlichen Erfolg angewiesen ist.

Damit empfiehlt sich die Anknüpfung an ein Politikkonzept, mit dem die SPD in den 90er Jahren große Teile der politischen Mitte hat überzeugen können: Innovation und Gerechtigkeit. Nicht umsonst ist es unter diesen Vorzeichen gelungen, 1998 nach langer Oppositionszeit wieder die Verantwortung im Bund zu übernehmen.

In der Landespolitik ergeben sich zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine Profilbildung auf dieser Grundlage. Es geht insbesondere darum, die SPD als eine Partei der Bildung und des sozialen Aufstiegs zu profilieren. Bildung ist eine Schlüsselaufgabe für die Zukunft unserer Gesellschaft. Sie ist ebenso ein wirkungsvolles Mittel für den Ausgleich sozialer Ungerechtigkeit wie ein zunehmend bedeutender wirtschaftlicher Standortfaktor. Wissenschaft ist die Grundlage für die Innovationsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft und damit auch für die ökonomische Basis unseres Sozialstaats. Familienpolitik dient ebenso einer bestmöglichen Förderung von Kindern wie einer gleichen Teilhabe von Frauen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben in unserem Land.

Aufgabe des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion ist es, auf dieser Grundlage Leitprojekte zu entwickeln. In diesem Zusammenhang ist eine gesellschaftliche Öffnung der niedersächsischen SPD unabdingbar. Dies gilt sowohl für vertrauliche Gesprächszusammenhänge wie für öffentliche Diskussionsprozesse. Es gibt in Niedersachsen viele potentielle Gesprächspartner für die SPD – die SPD muß nur auf sie zugehen.

b. Voraussetzung für einen Neuanfang II: Personalentwicklung ist Führungsaufgabe

Personalentwicklung ist in Unternehmen längst als eine wesentliche Führungsaufgabe erkannt worden. Die niedersächsische SPD hat hier erheblichen Nachholbedarf. Vordringliche Aufgabe des Landesvorstandes muß es sein, ein zukunftsweisendes Personal- und Talententwicklungskonzept zu erstellen.

Dafür ist die Nachwuchsförderung und –qualifizierung deutlich zu intensivieren. Die Kommunal-Akademie und Projekte wie „10 unter 20“ sowie das Mentoring-Programm sind gute Anknüpfungspunkte. Sie sind aber bei weitem nicht ausreichend.

Die Landtagsfraktion ist die wichtigste Repräsentanz der niedersächsischen SPD in der Öffentlichkeit. Aus diesem Grunde muß die Aufstellung der Landesliste künftig als zentrale Führungsaufgabe des Landesvorstandes verstanden werden. Ziel muß es sein, Kandidatinnen und Kandidaten mit Kompetenz, Profil und Strahlkraft in die

Gesellschaft erfolgreich in den Wahlkreisen zu verankern und auch aussichtsreich auf der Landesliste zu positionieren.

c. Voraussetzung für einen Neuanfang III: Organisationsreform

Organisationsstrukturen sind kein Selbstzweck, sie sind Mittel zum Zweck. Nach der Landtagswahl besteht ein unübersehbarer politischer und finanzieller Handlungsbedarf für eine Reorganisation der niedersächsischen SPD. Insbesondere ist die Klärung notwendig, welches die effizienteste Organisation für den zukünftigen politischen Erfolg darstellt.

Die Organisation der SPD in Bezirke ist überholt. Zur einheitlichen Entwicklung der SPD in Niedersachsen bedarf es einer Stärkung des Landesverbandes. Die derzeitige Organisation in vier extrem ungleichgewichtige Bezirke ist mit vielen Reibungsverlusten verbunden, ohne dass ein besonderer Nutzen erkennbar ist.

Ebenfalls zu überprüfen ist die jetzige Organisation in 45 Unterbezirke. Die finanzielle Ausstattung dieser Infrastruktur wird künftig immer schwieriger darstellbar sein. Eine Bündelung in einer deutlich geringeren Zahl von regionalen Unterbezirken könnte für die professionelle Begleitung der ehrenamtlichen Parteiarbeit eine sinnvolle Alternative sein. Es kommt darauf an, die kommunale Arbeit der SPD in Niedersachsen zu stärken, denn sie muß die Grundlage für eine Neuausrichtung der SPD auf Landesebene sein.

Sollte sich eine Abschaffung der Bezirke nicht realisieren lassen, ist zumindest die Stärkung des Landesverbandes im Sinne der politisch-inhaltlichen Zuständigkeit (einschließlich Landesliste) und Beschränkung der Bezirke auf Mitgliederbetreuung und –entwicklung notwendig.

Auch die Satzung des Landesverbandes ist zu überprüfen. Beispielsweise können momentan nur Mitglieder der Bezirksvorstände für den Landesvorstand kandidieren, was ungefähr so antiquiert ist wie das Kurfürstentum im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation. Die Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für politische und innerparteiliche Mandate darf sich nicht wie in der Vergangenheit ausschließlich nach regionalem Proporz richten, sondern muß im Sinne der oben beschriebenen zukunftsorientierten Personalentwicklung anhand von transparenten Qualitätskriterien erfolgen.

5. Ein Comeback kommt nicht von alleine

Die niedersächsische SPD kann wieder die führende Kraft der Landespolitik werden. Ebenso wie ein Niedergang erfolgt aber auch ein Wiederaufstieg nicht automatisch. Dafür müssen die Voraussetzungen jetzt geschaffen werden. Erfolg ist immer die Folge eigenen Handelns. Die Arbeit des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion wird daran zu messen sein, ob die Kraft und die Entschiedenheit für einen Neuanfang vorhanden sind. Klarheit über die Ausgangslage und eine offene Diskussion über den künftigen Kurs sind dringend notwendig. Dazu will dieses Papier einen Beitrag leisten.